

Posener Zeitung.

Dreundachtzigster

Jahrgang.

Nr. 308.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Dienstag, 4. Mai.

Inserate 30 Pf. die sechsgepaßte Petitzelle oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, und an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 6 Uhr Nachmittags angenommen.

1880.

Amtliches.

Berlin, 3. Mai. Der Kaiser hat geruht: dem Landrichter Dr. Pez in Mülhausen den Charakter als Landgerichts-Rath, sowie den Amtsrichtern Hochholz in Strassburg, Breuer in Strassburg, Justiz-Rath Bus in Kolmar, Davis in Metz, Justiz-Rath Fest in Sennheim, Hamm in Metz, Hartmann in Strassburg, Justiz-Rath Klein in Diedenhofen, Kühl in Bünningen, Kotte in Münster, Rohmer in Bensfeld, Rummel in Mülhausen, Schmidt in Drulingen, Simon in Mülhausen, Stübel in Weissenburg, Justiz-Rath Vogelweid in Sinsingen und Justiz-Rath Wendling in Maroldsheim den Charakter als Amtsgerichts-Rath zu verleihen.

Der König hat geruht: dem Regierungs- und Schulrath Heinrich zu Koblentz den Charakter als Geheimen Regierungs-Rath, sowie dem Metallgießereibesitzer und Spritzenfabrikanten Karl Schönberg, Inhaber der Firma „W. Bachmann“ zu Berlin, das Prädikat eines königlichen Hof-Lieferanten zu verleihen.

Der praktische Arzt Dr. med. Jufes ist mit Belassung des Wohnsitzes in Hannover zum Kreis-Wundarzt des Kreises Wennigsen ernannt worden. Bei der Realschule II. Ordnung zu Wiesbaden ist der ordentliche Lehrer Georg Friedrich Otto Siebert zum Oberlehrer ernannt worden.

Deutscher Reichstag.

44. Sitzung.

Berlin, 3. Mai. Am Tische des Bundesrathes: Hofmann, Scholz, v. Schelling, v. Philipsborn u. A.

Auf der Tages-Ordnung stehen zunächst zwei dritte Beratungen der Gesetzentwürfe betreffend die Abänderung des § 32 der Gewerbeordnung (Theater) und betreffend die Küstenfrachtfahrt. Mit Rücksicht auf die geringe Zahl der Anwesenden, die sich erst im Verlaufe der Sitzung zur Ziffer der Beschlussfähigkeit zu erhöhen pflegt — nach dem Augenschein sind etwa 150 Abgeordnete anwesend — beantragt v. Bernuth diese beiden Gegenstände vorläufig von der Tages-Ordnung abzusetzen und gegen das Ende derselben vor Nr. 7 (Verlängerung der Legislaturperiode) zu stellen, so dass also zunächst der Auslieferungsvertrag mit Uruguay und die Uebernahme der österreichischen und Belgien zur Verhandlung gelangen würden. Abg. v. Kleist-Schadowitz widerspricht dieser Aenderung der Tagesordnung, weil sonst der Gesetzentwurf betreffend das Theater überhaupt nicht mehr erledigt werden würde. Abg. Richter bemerkt, dass die Beschlussfähigkeit des Hauses. Da dieser Zweifel von dem Bureau getheilt wird, so erfolgt der Namensaufruf, welcher die Anwesenheit von 217 Mitgliedern ergibt. Der Aufruf hat dreiviertel Stunden in Anspruch genommen, während welcher Zeit etwa 60 Abgeordnete freiwillig oder gerufen hinzutreten. Abg. v. Bernuth zieht nunmehr seinen Antrag zurück und die dritte Beratung des Gesetzentwurfes, betreffend die Abänderung des § 32 der Gewerbeordnung, beginnt.

Abg. v. Schliekmann: Die Gegner der Vorlage wollen der Polizei nicht größere Machtbefugnisse einräumen, als sie schon hat, und ferner für die Hoftheater kein Privilegium schaffen und dem armen Mann ein billiges Vergnügen erhalten. Der Ruf, der Polizei keine größeren Befugnisse einzuräumen, ist ziemlich allgemein und auch während des letzten Decenniums nicht ohne Erfolg geblieben, aber merkwürdig ist es doch, dass er jetzt nicht mehr so laut und eindringlich ertönt als früher und dass gerade die, die ihn erhoben, oft recht sehnüchlich die Güte der Polizei herbeirufen und froh sind, wenn sie kommt, sie schützt und für sie sorgt. Warum also nicht der Polizeibehörde die Entscheidung über eine Theaterkonzession nach Maßgabe der konkreten Umstände einräumen, da sie doch ohnehin schon eine ganze Menge der wichtigsten Funktionen wahrzunehmen hat und die Entscheidung über derartige wichtigere Fragen nicht von untergeordneten Polizeiorganen, sondern von der höheren Polizeibehörde getroffen wird? Man zweifelt an ihrer Gerechtigkeit und Fähigkeit: aber auch wir Verwaltungsbeamte wissen, was unsere Pflicht ist und werden thun, was uns durch Recht und Gesetz vorgeschrieben ist. Die freie Konkurrenz hat nicht die Lage der Konsumenten verbessert, sondern den Theater-Unternehmern Gewinn verschafft, und dann ist es doch auch sehr fraglich, ob dieser sogenannte Genuss in den hiesigen Hoftheatern wirklich billig ist, einmal in richtigem Verhältniß zur Leistung und zweitens mit Rücksicht darauf, daß die meisten dieser Theater mit Restaurationen und Bierwirtschaften verbunden zu sein pflegen. Welche Bedingungen werden denn eigentlich zur Erlangung einer Theaterkonzession gestellt? In der Gewerbeordnung von 1849 und in dem Entwurf der Regierung von 1868 sind viel härtere und schärfere Bestimmungen, als in dem jetzigen Vorschlag. Jetzt wird nur eine Prüfung der sittlichen, finanziellen und artistischen Verhältnisse des Bewerber verlangt. Daß die sittliche Seite berücksichtigt werden soll, ist von allen Seiten des Hauses anerkannt. Die vorgeschlagene Ausdrucksweise ist aber präciser und klarer, als die des geltenden Paragraphen der Gewerbeordnung. Nach dem letzteren muß Jemand nachgewiesen werden, daß er nicht die erforderliche Sittlichkeit besitzt, um als Theaterdirektor aufzutreten. Wie schwer das ist, zeigt die Praxis, welche dieser Paragraph gefunden hat. Es ist vorgekommen, daß jemand, der sonst durchaus geeignet war, die Konzession nicht erhielt, lediglich deshalb, weil er als 16jähriger Mensch einen Thaler gestohlen hatte, während einem Anderen, der das schlechteste Renommée hatte, nur weil er noch nicht bestraft war, die Konzession nicht verweigert werden konnte. In Bezug auf die finanzielle Zuverlässigkeit des Bewerbers soll durch die Vorlage nur ein negatives Resultat erzielt werden, daß nicht dem nächsten besten, unvermögenden Mann die Konzession erteilt werden muß, wenn gesetzliche Hinderungsgründe nicht obwalten. Nun kommt drittens das wichtigste, die artistische Qualifikation. Ich würde es dankbarst annehmen, wenn sich eine Instanz nähme, die der Polizeibehörde diese schwierige Prüfung abnehmen ließe, die der Polizei aber eine solche nicht haben, bleibt uns nichts übrig, als in dieser Beziehung der Polizeibehörde zu vertrauen. Was die Wirkung des bestehenden Gesetzes betrifft, so sind in dem Reichstheater der Stadt Berlin seit dem 1. Oktober 1869 bis zum Mai 1879 173 Theater-Konzessionen erteilt (Hört! hört! rechts), darunter Schauspielunternehmern und Theaterdirektoren 18, Schauspielern, Regisseuren, Musik- und Tanzlehrern, Künstlern, Leihbibliothekaren 46, Mentiers, Kaufleuten 35, verschiedenen Kategorien angehörend und darunter Tapezierer, Posamentiere, Stubenmalere, Zigarrenfabrikanten, Buchbindermeister, Tischler, ein pensionirter Polizeiwachmeister, Handlungsdiener, Fischhändler (Weiterkeit) 17. Die übrigen 57 sind Re-

staurateure und Cafetiers. (Hört! hört! rechts.) Und dabei fehlte es Berlin nicht etwa an Theatern: im vorigen Jahre spielten in Berlin 27 Theater und 406 Liebhabertheatergesellschaften. (Weiterkeit.) Als man die Gewerbeordnung vor 10 Jahren schuf, da hofften die Verfasser derselben, nun erst würde eine Blüthe der deutschen Schauspielkunst entstehen. Diese Erwartungen sind nicht eingetreten. Die deutsche Schauspielkunst hat sich seitdem nicht gehoben, und, so hoch ich die gegenwärtigen Lustspielichter schätze, so beweise ich doch, ob ein Aristophanes unter ihnen ist. Dieser Gesetz-Entwurf allein wird die deutsche Schaubühne nicht wieder zu einer moralischen Anstalt machen, aber an dem Baume der deutschen Schauspielkunst die Auswüchse und Schmarozkerpflanzen beseitigen, die seit einem Jahrzehnt an ihm emporwuchern. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Lasker: Vorschläge des Abg. von Schliekmann und seiner Freunde, um die Zustände des Theaters zu bessern, würden den Beifall der Nation und des Reichstags finden, aber mit dem, was sie gegenwärtig vorschlagen, hat dieses nichts zu thun. Wir protestiren, daß Sie in dem großen Feldzug gegen die Gewerbeordnung, in dem das schwerste Geschütz der Reaktion aufgeföhren werden soll, den Angriff gegen die Theaterfreiheit als leichte Truppen voranschicken in einer Weise, welche die Gesetzgebung diskreditirt. Hat Ihnen nicht Herr von Schliekmann, ein großer Sachkenner in diesen Dingen, gesagt, daß in artistischer Beziehung die Polizei nicht viel versteht und daß es wünschenswerth sei, ihr eine Behörde an die Seite zu stellen, die diese Prüfung vornehme? Da wir eine solche Behörde nicht haben, schlägt er als Gesetzgeber vor, die Prüfung der Polizei zu überlassen, die freilich nichts davon versteht. Ist das eine gute Art der Gesetzgebung? Mit der finanziellen Zuverlässigkeit, erklärt Herr von Schliekmann, wolle man nur eine Handhabe gewinnen, um bestimmten Personen, die er aber nicht näher bezeichnet, die Uebernahme unmöglich zu machen; er exemplifizirt, daß eine Frau eines Bankrotteurs eine Konzession beanprucht hätte. Werden Sie denn in diesem Falle von jetzt ab dem Sinne des Gesetzes entsprechend die Konzession verweigern dürfen? Es kommt darauf an, welche Mittel die Frau hat. Daß sie die Frau eines Bankrotteurs ist, ist gleichgültig. In sittlicher Beziehung sind Sie mit mir einig, daß heute schon vollständig Fürsorge getroffen ist. (Auf rechts: Nein!) Dann glaube ich, daß Sie das Gesetz in dem heutigen Sinne nicht richtig auslegen, denn das heutige Gesetz gestattet, sobald die Ueberzeugung gewonnen ist, daß die öffentliche Sittlichkeit gefährdet ist, die Konzession zu verjagen und zu entziehen. (Hört, hört! links.) Wir wollen bei der Verwaltung überall einen sicheren und festen Boden gewinnen, wir wollen, daß die Polizei nicht in der Weise verfähre, daß sie sagt: wir, die von artistischen Dingen nichts verstehen, nehmen an, daß der Mann in artistischer Beziehung nicht die erforderliche Sicherheit bietet und deshalb wird das Gesuch abgelehnt. Wir wollen nicht Gesetze schaffen, von denen wir selbst sagen, daß die Mittel, sie ihrem Wortlaut nach auszuführen, nicht gegeben sind. Haben Sie nun die Folgen des Gesetzes in legislativer Beziehung genügend ermogen? Ihr § 32 soll fortan einen Theil der Gewerbeordnung bilden. Nun ist im § 30 unmittelbar vorher der Wortlaut gewählt, daß auf Grund der Thatfachen des und das nachgewiesen werden müsse. Im § 33 heißt es: wenn gegen den Nachsuchenden Thatfachen vorliegen, aus denen dies hervorgeht. In die Mitte schieben Sie einen Paragraphen ein mit dem Wortlaut: wenn die Behörde auf Grund der Thatfachen die Ueberzeugung gewinnt. Was soll sich nun der Richter bei diesem verschiedenartigen Wortlaut im Gesetz denken? Allerdings streichen Sie im Nachsatz fort, daß Beschränkungen bei der Konzessionserteilung nicht auferlegt werden dürfen, weil man noch eine gewisse Art von Aufführungen nicht zulassen wolle, selbst wenn man andere gestatte, nämlich das Ballet. Warum hat Herr v. Schliekmann uns nicht gesagt, wie viel Ballets denn mit diesen neuen Theatern verbunden sind? In der That kommt dies wohl nicht vor, weil erstens die Ballets sehr kostspielige Dinge sind und zweitens diese Belustigung des Ballets der Regel nach der höheren Gesellschaft anzugehören pflegt. (Weiterkeit. Sehr wahr!) Ob die Konzession entzogen oder verjagt werden wird, wenn solche Aufführungen auf Hoftheatern aufgeführt werden, die nicht ganz die sittliche Prüfung bestehen können, bezweifle ich. Wenn aber in den unteren Theatern einmal ein Stück zur Aufführung gelangt, wodurch die Sittlichkeit Schaden leidet, so wird zweifellos von dem § 53 Gebrauch gemacht werden. Während man vielleicht in den Theatern höherer Ordnung den Schwanz „Der Bibliothekar“ giebt, wird im National- oder im Residenz-Theater ein Schafespearsches Stück aufgeführt. Dem Worte nach richtet sich das Gesetz darauf, als ob sich in den unteren Schichten eine große Entfittlichung und Entartung gezeigt hätte; der Sache nach ist es nur eine wirkungslose Verstärkung der Polizeigewalt, die nach dem eigenen Zugeständnisse der Vertheidiger des Gesetzes dasselbe nicht ausführen kann. Wenn eine Bestimmung getroffen würde, wonach eine Kaution für gewisse Verträge der Schauspieler verlangt würde, dann würden Sie mehr thun, als mit den einschränkenden Worten, die Sie in das Gesetz einführen wollen, die eine Durchführung nicht erhalten können, weil die Antragsteller denselben einen Sinn geben, der nicht ausgeführt werden wird. (Beifall.)

Abg. Gneist: Es lassen sich ja sehr beachtenswerthe Gründe für die Gewerbefreiheit im Theaterwesen anführen und mit solchen Gründen ist die jetzige Vorlage auch beimpft worden. Aber diese Vorlage ist in der Reichsgesetzgebung bereits entschieden, indem sie das Theater für ein konzessionspflichtiges Gewerbe erklärt. Nach diesem ersten Schritte muß der Gesetzgeber auch den zweiten thun und den Behörden, welche die Konzessionserteilung zu verfügen haben, dafür eine angemessene Direktive geben. Im Jahre 1869 wollte man wegen der üblen Erfahrungen, die man in den vorhergehenden Jahren mit der willkürlichen Auslegung des Wortes „Zuverlässigkeit“ durch die Polizei gemacht hatte, welche auf Grund dieses Wortes Theaterkonzessionen willkürlich aus politischen Gründen verjagte, diesen Begriff möglichst eng begrenzen und wählte so einen Wortlaut, der nach den Entscheidungen des Obergerichts nur die Auslegung gestattete, daß die Konzession nur verjagt werden kann, wenn die sittliche Unzuverlässigkeit des Nachsuchenden durch Thatfachen festgestellt wird. Solche Thatfachen sind fast nie festzustellen. Jeder Hausnecht hat so ein jus quaesitum auf die Ertheilung einer Theaterkonzession für Oper, Schauspiel und Ballet. Das ist nicht die richtige Stellung des Verwaltungsvertrages, dann gebe man lieber auch für diesen Gegenstand Gewerbefreiheit. Auf Grund eines allgemeinen Sittenartikels forderte ein ungebildeter, in Theaterdingen vollständig roher Outmacher eine Konzession, von dem sich ficher voraussetzen ließ, daß er sie auf Kosten des guten Geschmacks und der Sittlichkeit ausbeuten werde. Das

Bezirksverwaltungsgericht hätte sie ihm ertheilen müssen, wenn man nicht zufällig entdeckt hätte, daß er als 15jähriger Lehrling seinem Herrn ein Tasenfell gestohlen hat, wofür ihm übrigens wegen der mildern Umständen die Strafe im Gnadenwege erlassen wurde. Solche Richterprüche machen die unzureichende Fassung des Gesetzes nöthig; auf Grund eines einfachen Polizeiattestes mußte die Konzession einem Kellner erteilt werden, der signav nur deshalb verlangte, weil er eine Reihe von Bekanntschaften in den Kreisen der Akteure und Aktrizen gemacht habe. Ein mittelloser Portier verlangt die Konzession, weil er durch die Besorgung vieler Theaterbillets viele Kommerzien hat und außerdem Bekanntschaften mit jungen Damen, die bei der jetzigen industriellen Richtung der dramatischen Kunst ihm sogar für ihr öffentliches Auftreten monatlich ein kleines Honorar zahlen wollen. Aber der Mann hat sich als Portier tadellos betragen, er hat die Konzession erhalten. Die Hälfte aller Konzessionsgesuche gehört in diese Kategorie. Ich bin etwas bei dieser nöthigen Handhabung der Dinge um die Würde des Gesetzes besorgt. Dieser elende Zwitterzustand zwischen Konzessionszwang und Gewerbefreiheit beim Theater muß aufhören. Die regellose Ertheilung der Konzession an ganz ungeeignete Unternehmer läßt die kleinen Winkeltheater wie Pilze aufwachsen, in denen selbst die talentvollen Anfänger nur auf falsche Bahnen geführt werden. Darum wünschen begeisterte Anhänger der Kunst eine Beschränkung dieser Konzession durch ein angemessenes Verwaltungsverfahren. Jedes Verwaltungsverfahren kann natürlich von beschränkten und böswilligen Beamten mißbraucht werden; aber man kann für die Zuverlässigkeit der Theaternehmer nicht so bestimmte Merkmale wie in einem Strafgesetze, sondern nur allgemeine Gesichtspunkte geben. Dem Mißbrauch wird dadurch genügend vorgebeugt, daß die oberen Verwaltungsbehörden das Gesetz handhaben sollen. Wollen Sie also der Noth abhelfen, so geben Sie den Behörden die weiten Gesichtspunkte, die nöthig sind, um Konzessionen in angemessener Weise zu ertheilen oder zu verjagen; wollen Sie die Behörden einschränken, wie es der jetzige Paragraph thut, so thun wir besser, die Gewerbefreiheit im Theaterwesen einzuführen. (Beifall rechts.)

Abg. v. Szaniacki: Auf dem Wege der Gesetzgebung allein ist eine Hebung des Theaters nicht zu erreichen. Die Mißstände, welche beim Theaterbetrieb wirklich zu Tage treten sollten, könnte man wirksamer durch das Strafgesetzbuch beseitigen. Am bedenklichsten ist in dem Gesetzentwurf das Wort „insbesondere in sittlicher u. s. w. Beziehung“. Diese Fassung würde eine sehr weit gehende Auslegung durch die Polizei ermöglichen. Es ist ja im preussischen Abgeordnetenhaus von der Ministerbank das fatale Wort gefallen, die Gesetze müßten zwischen den Zeilen gelesen werden. Gerade wir haben auch sehr traurige Erfahrungen in der Hinsicht gemacht: Trotz des ganz klaren Vereinsgesetzes werden unsere wissenschaftlichen und landwirtschaftlichen Vereine von der Polizei einer speziellen Aufsicht unterworfen, und das Sprachengesetz wird bis auf die polnischen Straßenschilder herab zu unserem Nachtheil ausgelegt.

Abg. Dechelhauser erklärt sich gegen das Gesetz nicht aus inneren Gründen, denn man könne mit Recht darüber streiten, ob eine Beschränkung der Konzessionen angezeigt sei, sondern weil er es für unrichtig halte, statt einer umfassenden Regelung der Sache einen einzigen Paragraphen zu ändern und der Polizei Befugnisse einzuräumen, die sie eigentlich schon durch die Gewerbeordnung besitze. Durch das ablehnende Votum wolle er auch die Anregung geben, daß von Seiten des Reichs eine gründliche Regelung der Theaterangelegenheiten und Schauspiellagen vorgenommen werde. Die Leistungen der Weinger und die Bayreuther Aufführungen seien Zeugnisse dafür, daß das Niveau der künstlerischen Leistungen seit der Einführung der Theaterfreiheit nicht gesunken sei. Wollte man dem deutschen Volke, dessen Liebling das Theater sei, gerecht werden, so müsse man zur Errichtung von Hochschulen für die dramatische Kunst schreiten, um eine Elite von Künstlern zu erziehen und Regisseure und artistische Leiter heranzubilden, an denen ein großer Mangel sei.

Hierauf wird das Amendement Lasker (für den Fall der Annahme des vorgeschlagenen § 32 ihm zuzufügen: „Beschränkungen auf bestimmte Kategorien theatralischer Darstellungen sind unzulässig“) abgelehnt und der einzige Paragraph des Gesetzes mit erheblicher Majorität angenommen; mit der Majorität stimmen u. A. auch Dr. Gneist, von Treitschke und Meier.

Es folgt die dritte Beratung des Küstenfrachtfahrt-Gesetzes.

Staatssekretär Hofmann: Bei der zweiten Beratung habe ich die Ansicht ausgesprochen, daß auch nach der Annahme des Antrages Rogemann das Gesetz zu denselben praktischen Resultaten führen könnte, wie die Regierungsvorlage. Diese meine Aeußerung konnte dahin mißverstanden werden, als ob ich hätte sagen wollen, der Antrag Rogemann könne eventuell auf die Zustimmung der Regierung rechnen; ich habe die Zustimmung der Regierung weder in Aussicht stellen wollen, noch in Aussicht stellen können, und ich erlaube mir nochmals die Bedenken gegen die Beschlässe der zweiten Lesung vorzutragen. Durch dieselben wird im Gesetz selbst den fremden Nationen ausdrücklich das Recht zur Küstenfrachtfahrt zugesprochen, während es doch sonst im handelspolitischen Interesse liegt, ein derartiges Recht nur durch Verträge oder besondere Vereinbarung zu gewähren. Wenn die Regierung dem Beschlusse der zweiten Lesung zustimmen würde, so könnte sie einmal im Reichstage interpellirt werden, aus welcher Veranlassung sie einer anderen Nation die Zulassung zur Küstenfrachtfahrt verweigert habe. In diesem Falle würde der Reichstag das Recht einer fremden Nation gegen die Regierung vertreten, und der Regierung würde der Nachweis oft schwer werden, daß diese Nation unsere Schiffe nicht in völlig gleicher Weise zur Küstenfrachtfahrt zuläßt, denn wenn auch die Zulassung gesetzlich ausgesprochen ist, so können doch durch Verwaltungsmaßregeln solche Nachteile und Hindernisse bereit werden, daß von einer Gleichberechtigung nicht die Rede ist. Es ist also wohl nicht zweifelhaft, daß ich die Zustimmung der Regierung zu dem Antrage Rogemann nicht in Aussicht stellen kann.

Graf Udo Stolberg: Aus dieser Erklärung geht hervor, daß das Gesetz nach den Beschlüssen der zweiten Lesung die Zustimmung der Regierung nicht findet. Da nun der Reichstag am Zustandekommen des Gesetzes ein Interesse hat und eine Einigung über dasselbe nicht unmöglich sein wird, so beantrage er, es für heute von der Tagesordnung abzusetzen und an einem der nächsten Tage zur Beratung zu stellen.

Abg. Richter sieht dazu keine Veranlassung und ist nicht der Meinung, daß für dieses Gesetz ein praktisches Bedürfnis vorliegt.

Abg. Meier (Schamburg-Lippe) wünscht ebenfalls in die

3. Lesung einzutreten, damit der Reichstag klar ausspricht, wie er über das Gesetz denkt. Scheitert es, so ist damit nichts verloren.

Der Reichstag beschließt, die Verabreichung von der Tagesordnung abzulehnen.

Ohne Diskussion wird hierauf der Auslieferungsvertrag mit Ungarn in erster und zweiter Lesung genehmigt.

Es folgt die erste Verhandlung der zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn geschlossenen Abkommen.

Bundesbevollmächtigter v. Philippsborn: Der Vertrag von 1878 ging am 31. Dezember 1879 zu Ende, ohne daß es möglich war, im Anschluß an die früheren Verhandlungen zu einer Verständigung zu gelangen. Die Schwierigkeiten lagen auf beiden Seiten; in die Einzelheiten einzugehen, würde zu weit führen. Von Seiten Österreich-Ungarns wurde ein Vorschlag gemacht, den Vertrag auf 6 Monate zu verlängern. Darauf konnte die Reichsregierung nicht ohne Weiteres eingehen, weil der Reichstag nicht veranlaßt war. Es konnte nur ein auf kurze Zeit beschränktes Provisorium gewährt werden; man hoffte damals in kurzer Zeit eine Vereinbarung zu erzielen. Diese Hoffnung ist seitdem nicht in Erfüllung gegangen und bei der augenblicklichen Lage der Dinge läßt sich nicht absehen, ob das Definitivum so zeitig zu Stande kommen wird, daß es möglich sein wird, die verfassungsmäßige Zustimmung des Bundesraths und des Reichstages einzuholen. Es ergab sich also die Nothwendigkeit, das Provisorium zu verlängern, um den status quo aufrecht zu erhalten. Die Verlängerung wurde auf ein Jahr festgesetzt, weil man hoffen durfte, innerhalb dieses Zeitraums zu einem definitiven Ergebnis zu gelangen, welches das politische Einverständnis zwischen Deutschland und Österreich auf das wirtschaftliche Gebiet überträgt. Auf weitere Darlegungen kann ich angesichts der vorliegenden Denkschrift verzichten.

Abg. Dr. Delbrück: Der im vorigen Jahr vorgelegte Handelsvertrag mit Österreich-Ungarn stellte sich durch die Bestimmung seiner Dauer und die Worte, mit denen er eingeleitet wurde, von selbst als ein Provisorium dar. Heute wird wieder nur eine provisorische Regelung der Handelsbeziehungen vorgelegt. Im vorigen Jahre betonte ich, daß der Hauptwerth des damaligen Vertrages darin bestand, daß er uns wenigstens die Grundlage erhalte, auf der man zu einem umfassenderen Vertrage im Sinne der früheren Verträge gelangen könne. Damals ruhte aber der Zolltarif noch im Schooße des Bundesraths, daher konnte ich die Regelung für eine provisorische halten. Die heutige Vorlage ist aber nur formell eine provisorische, materiell aber, glaube ich, eine definitive, weil beim besten Willen und größten Geschick die Regierung nicht zu einem erheblichen der Grenzen des jetzt vorgelegten überreichenden Vertrages gelangen kann. Beim Abschluß des vorigen Vertrages standen wir Österreich gegenüber als ein waffloser Mann, jetzt sind wir mit unserem Zolltarif vollständig gerüstet und damit ist die Situation zwar geändert, aber ich glaube, daß beide Theile nach längerer oder kürzerer Zeit, nach mehr oder weniger lebhaftem Gefechte es aufgeben werden, in der Kühlung des Gegners irgend eine schwache Stelle zu entdecken und sich deshalb die Hand reichen und es bei dem bewenden lassen werden, was jetzt festgestellt ist. Das ist die natürliche Konsequenz der beiderseitigen Zolltarife. Um zu einem Vertrage mit Österreich zu gelangen, der annähernd auf der Grundlage der früheren Verträge steht, also zu einem Tarifvertrage, muß man sich gegenseitig TarifkonzeSSIONen in Bezug auf die Gegenstände machen, welche Jedem von Interesse sind. Diese Gegenstände decken sich im Verkehr zwischen Österreich und uns keineswegs. Österreich hat im Interesse seiner Industrie für gewisse Gegenstände hohe Zölle, wir haben im Interesse unserer Landwirtschaft und Industrie andere Zölle. Damit ist die starke Ausfuhr unserer Artikel nach Österreich und der österreichischen Artikel zu uns getroffen worden. Wenn wir beispielsweise ein Interesse daran haben, die Einfuhr unserer Wollenwaaren in Österreich erleichtert zu sehen, so ist der Natur der Sache nach ein gemeinschaftlicher Boden nicht zu finden. Österreich kann seinen Wollenwarenfabrikanten, die es nach der in seinem Zolltarif zum Ausdruck gebrachten Meinung durch Ermäßigung des Zolles schädigen würde, nicht damit trösten, daß seine Landwirthe durch Erleichterung der Getreide- und Vieheinfuhr in Deutschland in eine bessere Lage kommen, und wir können unsere Landwirthe und Viehzüchter über die Erleichterung der österreichischen Konkurrenz nicht damit trösten, daß unsere Wollenwarenfabrikanten einen besseren Absatz nach Österreich haben. Es ist das eine ganz natürliche Konsequenz der durch die beiderseitigen Tarife geschaffenen Lage. Gleichwohl lehne ich auch diesen im Vergleich zu den früheren so eng begrenzten Vertrag nicht ab, weil er, wenn auch in beschränktem Maße, auf dem Gebiete des Handels und Verkehrs das freundschaftliche Verhältnis aufrecht erhält und zum Ausdruck bringt, welches glücklicherweise in politischer Beziehung zwischen Deutschland und Österreich besteht. Ich stimme für die Vorlage, nicht in der Hoffnung auf eine künftige Aenderung, sondern in der festen Ueberzeugung: wir haben mit der heutigen Abstimmung im Großen und Ganzen unsere künftigen Handelsbeziehungen zu Österreich festgestellt.

Abg. Dr. Loewe (Bochum): Der Vertrag wird wohl von allen Seiten des Hauses angenommen werden, aber nicht mit den beglücktesten Gefühlen. Wie sind wir dazu gekommen, in der That einen Rückschritt in unseren Handelsbeziehungen zu Österreich zu machen? Der Borredner hat als Ursache den Zolltarif angedeutet. Auch ich habe das Gefühl, daß die weiteren Verhandlungen keine wesentliche Aenderung mehr herbeiführen werden. Nur glaube ich nicht, daß unser autonomer Tarif Veranlassung gewesen ist, daß wir nicht weiter kommen konnten, sondern ich glaube, die vorhergehende Handelspolitik, die im Laufe der Majorität hatte, hat Österreich zu dem Glauben gebracht, es habe auf einen Dritten besondere Rücksichten nicht mehr zu nehmen. Noch mehr, wie aus den Verhandlungen in Wien hervorgegangen ist, hat sich die Regierung den drängenden Interessen in Cis und Trans gegenüber schwach gefühlt, sie hatte den Dritten verloren, mit dem sie drohen konnte, um die übermäßigen Ansprüche von Cis und Trans zurückzuweisen. Sie war schwächer geworden dadurch, daß Deutschland als Fordernder nicht mehr auftrat und auch als Gebender nicht mehr in Betracht gezogen werden konnte, da es ja in der That Alles gegeben hatte. Für viel leichter halte ich eine Zollvereinigung zwischen Österreich und Deutschland. Die Industrien gleichen sich auf beiden Seiten und in wirtschaftlichen Fragen würden die Schwierigkeiten gar nicht so groß sein, besonders, da auf der einen Seite Ungarn der natürliche Genosse für unsere Ansätze sein würde. Die Nachteile einzelner Industriezweige würden durch den schrankenlosen freien Markt, der sich den gegenseitigen Industrien dann eröffnet, ausgeglichen werden. Nur die finanzielle Seite über die Vertheilung der Einkünfte würde Schwierigkeiten bieten, weil natürlich die Konsumtion in den verschiedenen Ländern eine ganz verschiedene ist. Ich weiß, man nennt das hier Zukunftsmusik. Ich habe es nur angeführt, um zu zeigen, daß in diesem Falle das Größere leichter zu haben ist, als das Kleine, bei dem schwerlich ein Nachgeben eintreten kann. Da ist zunächst der Veredelungsverkehr, für den die Österreichischer alles Mögliche von uns verlangen zu können glauben. Ich unterschätze die Bedeutung desselben nicht, halte ihn aber auch nicht für so wichtig, um darauf hin andere Konzessionen zu machen. Auch im Eisenbahnverkehr wünsche ich, daß wir dem Verlängerer Österreich nicht nachgeben. Wir müssen den Grundsatz festhalten, daß der Fremde nie besser behandelt werden soll wie der Einheimische. Im Durchgangsverkehr kann ja hier und da eine Erleichterung stattfinden.

Abg. Bamberg: Diese Vorlage ist weder ein Vertrag noch ein Abkommen, wie sie bezeichnet worden ist. Wir sind einfach eingeladen zu einer Begräbnisfeierlichkeit. Was jetzt noch übrig ist von den Beziehungen zu Österreich, verdient keinen andern Namen, als den einer schon eingetragenen Null. Der Abg. Löwe hat sie ein Provisorium genannt. Wir sind ja daran gewöhnt, jetzt in nationalökonomischen Dingen, für welche Stetigkeit so sehr nothwendig ist, in Provisorien zu leben, und müssen froh sein, wenn diese nicht alle zwei Monate durch einen deus ex machina gestört werden. Der Abg.

Delbrück war aber mehr im Recht, der in der Vorlage ein Definitivum sah, so lange die jetzigen handelspolitischen Anschauungen der Regierung maßgebend bleiben. Vielleicht wird man als Inhalt der jetzigen Vorlage den Meistbegünstigungsparagraphen bezeichnen. Derselbe wird aber vollständig durch Art. 5 des gegenwärtigen Zollgesetzes ersetzt. Ich möchte bitten, daß wir nicht wieder neu unterhandeln, denn bei jeder neuen Verhandlung geht immer mehr verloren. Ein Redner sagte, als der österreichische Handelsvertrag zugleich mit dem von Hawaii ganz richtig und bezeichnender Weise vorgelegt war — denn wir stehen jetzt handelspolitisch ebenso zu Österreich als zu Hawaii —: „Auch ich bin für Handelsverträge, aber nicht für solche, wie sie früher waren.“ Wie er sie will, hat er uns nicht gesagt. Handelsverträge macht man doch nur von dem Standpunkt aus, daß man einzieht, jedes Land hat seine eigene Produktivität und eigene Konsumfähigkeit, wodurch ein glücklicher Austausch stattfinden könne. Man macht sie nicht, wenn man glaubt, daß man immer nur verliert, wenn man von anderen nimmt. In den Denkschriften der Jahre 1878 und 1879 wird der österreichische Handelsvertrag noch als etwas Gutes anerkannt. Diese Denkschriften widerlegen auch die Behauptung des Abg. Löwe, daß das Scheitern der bisherigen Verhandlungen in der früheren Handelspolitik seine Ursache hatte. Sie scheiterten an den Plänen der künftigen Handelspolitik und an der Agitation jener 204, welche der Abg. Löwe selbst geführt hat. Eingestandenemal wollte man auf deutscher Seite vor der Aufhebung eines autonomen Tarifs einen Vertrag nicht zu Stande kommen lassen. Unser Vorgehen im schutzzöllnerischen System hat den schutzzöllnerischen Widerstand in Österreich gegen ein Uebereinkommen mit Deutschland ganz außerordentlich verstärkt, und das liegt ja auch in der Natur der Sache. Bekanntlich hat man als einzige Möglichkeit, an die man sich anklammert, um überhaupt etwas zu Stande zu bringen, das wie ein Vertrag ausieht, den Gebanien hingestellt, daß jeder der beiden Staaten sich verpflichtet, seinen Tarif dem andern gegenüber während der Dauer des Vertrages nicht zu steigern. Einen produktiveren Gedanken zu formulieren war man gar nicht im Stande. Nun sagt man aber in Österreich: Ihr habt Euch bis an die Zähne bewaffnet; erlaubt, daß wir das auch erst thun, bevor wir die Tarifkonvention machen. So erklärte der österreichische Handelsminister in der dortigen Kammer, daß zum Zweck eines Vertrages mit Deutschland in erster Reihe eine Steigerung der betreffenden Positionen des autonomen Tarifs nöthig sei, für die man sich gegen Deutschland abzuschießen will. Das sind die wahren Gründe, und man braucht wirklich nicht um Mittag die 12. Stunde zu suchen, wie man sagt, um zu erklären, warum wir zu keinem Vertrag kommen. Eine freihändlerische Dase in der schutzzöllnerischen Wüste bildete bisher noch der Veredelungsverkehr, der auch von Schutzzöllnern und von der gegenwärtigen Regierung mit einem gewissen Wohlwollen behandelt wurde. Auch dieser Veredelungsverkehr ist heute geopfert und in das einseitige Verbot der verschiedenen Regierungen gestellt. Der Graf Stolberg berichtet nun zwar, daß jener Verkehr nicht mehr sehr in Betracht komme, ich weiß aber nicht, worauf er diese Behauptung stützt. Nach den statistischen Ziffern ist der Veredelungsverkehr beständig gestiegen und namentlich für Deutschland immer bedeutsamer geworden. Österreich betrachtet ja auch das darüber getroffene Abkommen als eine Konzession an Deutschland. In Österreich wird ein Veredelungszoll von vierzehn Gulden für das Bedrucken von Geweben erhoben. Bei uns ist der Veredelungsverkehr in das Ermessen der Landesbehörden gestellt, und in Preußen wird nach ministeriellen Verfügungen sogar der Nachweis der Nützlichkeit und Nothwendigkeit jeder einzelnen Sendung erfordert. Gewiß ein starkes Stück! Die sächsische Regierung hat im Bundesrath die Frage angeregt, ob wir nicht nach Analogie Österreichs einen Veredelungszoll von 25 Prozent des Werthes der zu veredelnden Waare einführen sollen. Da man jetzt auf jede Interpretation gefaßt sein muß, so muß ich schon jetzt betonen, daß nach meinem Dafürhalten der Bundesrath zu einer solchen Verfügung nicht ermächtigt ist, sondern der Zustimmung des Reichstages dazu bedarf. Die sächsische Regierung erkennt selbst an, daß das Appreturverfahren unentbehrlich sei und die Bleicherei in Böhmen bei uns nicht ersetzt werden könne. Dann, raisonnirt sie weiter, nachdem im Zolltarif die Fabrikanten geschützt seien, müsse man jetzt billiger Weise auch die deutschen Arbeiter auf Kosten der Fabrikanten gegen die Konkurrenz der böhmischen Arbeiter schützen. Ich bestreite aber, daß dieses Resultat durch einen Veredelungszoll von 25 Prozent erreicht wird und kompetente Sachverständige theilen dieses Urtheil. Der Fabrikant kann nicht zu dem von der Regierung normirten Preise arbeiten. Wenn schon im vorigen Jahre uns in dem Märchen von dem Schutz der nationalen Arbeit erzählt wurde, daß das Ausland unsere Zölle bezahlen werde, so wird man uns doch nicht sagen wollen, daß das Ausland auch unsere durch Zölle gesteigerten Arbeitskosten bezahlen werde. Die Exportindustrie kimmert sich um dieses Naisonnement nicht, wenn die Handarbeit vertheuert wird, wird die Maschinenarbeit vermehrt. Wollen sie die Arbeiter sicher stellen, dann müssen sie konsequenter Weise die Maschinen verbieten. Man wird lernen müssen, selbst ein bißchen inkonsequent zu sein. Allerdings hat man uns ja schon ein Küstenfrachtfahrtgesetz zugemuthet, blos um der Schönheit des Systems willen. Zur Verherrlichung des schutzzöllnerischen Gedankens des Herrn Reichskanzlers will man den Küstenstädten wider ihren Willen eine Schutzzollpragmatik auflegen. Die Kampfschlotheorie hat uns bisher gar nichts genützt. Sie hat uns nur überall Feinde und Gegner gemacht. Sie hat sich als ein vollständig steriles System bewährt, das Deutschlands Ernüchterung und sein industrielles und kommerzielles Gedeihen schwer bedroht. Wir haben eine Eisenbahnpolitik inaugurirt und nach allen Grenzen hin den Krieg erklärt in der Hoffnung, trotz dieser Erschwerung den Transit durch unser Land erzwingen zu können oder gar durch Erschwerung des Transits den Verkehr zweier Länder mit einander verhindern zu können. Es klingt wirklich abberitisch, auf diesem Wege den Verkehr Rußlands mit Dänemark, den Österreichs mit England verhindern zu wollen. Trotz aller Versicherungen des Reichskanzlers steht der Hafen von Viborg noch nicht dem von Rügenwalde ähnlich. Er beginnt vielmehr Königsberg und Memel allmählich brach zu legen. Österreich schafft sich in seiner Arlbergbahn eine direkte Verbindung um die deutschen Grenzen herum mit der Schweiz. Der Hafen von Rume blüht auch Dank der deutschen Politik. Ich möchte bitten, diese Kampfschlotheorie auf diesem friedlichen Gebiete als hoffnungslos und steril zu verlassen. Uns droht ja Gefahr, daß wir diese Kampfschlacht vom Auslande später gegen unsere eigenen Mitbürger wenden. Sehen wir nicht, daß gegen die Hansestädte, die sich nicht unter das Joch beugen wollen, das man ihnen jetzt auferlegen will, daß man gegen Hamburg, diese gute patriotische deutsche Stadt, in einer Weise vorgeht, sie peinet bis aufs Blut, wie man es nicht gegen eine feindliche Stadt thut. Zu der Ablehnung der Samoa-Vorlage hat das Ausland nichts gesagt, obwohl sich die Regierung auf seine Stimme berief; wenn es aber hört, wie die deutsche Regierung 10 Jahre nach Gründung des Reichs gegen deutsche patriotische Städte verfährt, so wird es uns allerdings nicht begreifen. (Beifall links.)

Staatssekretär des Innern Hofmann: Von den Vorrednern haben Einige den Wunsch geäußert, daß wir zu einem definitiven Vertrage auf Grundlage dieses Provisoriums gelangen mögen, während Andere hoffen, daß wir noch zu einem weitergehenden Vertragsverhältnis, ja vielleicht zu einer vollkommenen Zollvereinigung mit Österreich-Ungarn gelangen könnten und nicht ganz mit Unrecht darauf hinweisen, daß bei einem so großen Ziele manche Schwierigkeiten leichter zu überwinden wären, wenn man sich engere Ziele steckte. Aber auf diese Fragen der zukünftigen Politik gehe ich nicht ein, da sie nicht Gegenstand der heutigen Beschlußfassung sind. Der Abg. Delbrück hat zwar, und ich danke ihm dafür, der Regierung keinen Vorwurf daraus gemacht, daß noch kein definitiver Vertrag mit Österreich, namentlich kein Konventionaltarif zu Stande gekommen, sondern dies als nothwendige Konsequenz der beiderseitigen Tarife bezeichnet. Es konnte aber auch damals Niemand daran denken, daß, sobald unser Tarif

revidirt sei, sofort alle einem Konventionaltarif mit Österreich entgegenstehenden Schwierigkeiten gehoben seien und ein solcher Konventionaltarif so zu sagen vom Baum geschüttelt werden könne. Wir stehen uns jetzt als gewappnete Männer gegenüber und wir werden uns die Hand zum Vertrage reichen, soweit wir glauben, daß es im beiderseitigen Interesse liegt; denn Letzteres ist die Voraussetzung für jede Verständigung über volkswirtschaftliche Dinge. Auch bei dem früheren Tarifverhältnis war es ja auch das beiderseitige Interesse, das schließlich zu einer Verständigung führte und darüber können wir heute unmöglich eine bestimmte Ansicht haben, wann der Zeitpunkt eintreten wird, wo Österreich und Deutschland abermals zu einer solchen Verständigung über die beiderseitigen Interessen gelangen werden. Jedenfalls wird eine Vereinbarung, durch welche man sich gegenseitig verpflichtet, die autonomen Tarife im beiderseitigen Verhältnisse nicht zu erhöhen, doch immerhin den Vortheil haben, daß diese jetzt autonomen Sätze der Tarife als vertragsmäßige nicht ohne Einwilligung der Staaten geändert werden können. Ich habe eigentlich das Wort genommen, um den ganz exorbitanten Uebereibungen des Abg. Bamberger entgegenzutreten. Er nennt das Uebereinkommen eine eingerechnete Null. Ja, meine Herren, will der Vertrag seine Bedeutung einfach durch den Buchstaben oder durch den Verheer, der nach dem Vertrage sich regelt? Wenn wir mit Österreich einen Meistbegünstigungsvertrag abschließen, so hat das noch eine ganz andere Bedeutung als ein Meistbegünstigungsvertrag mit Hawaii. Weiß denn Herr Bamberger nicht, daß Österreich mit anderen Staaten Konventionaltarife vereinbart hat, beispielsweise mit Italien, und daß wir nur durch dieses Uebereinkommen das Recht gewinnen, Österreich gegenüber nicht ungünstiger behandelt zu werden als Italien? Nun sieht der Abg. Bamberger — und ich wundere mich, daß er so weit gegangen — im Artikel 5 unseres Gesetzes ein Aequivalent der Meistbegünstigungsklausel, weil er meint, wir würden nun mit dem Kampfsollparagraphen einen Zollkrieg gegen Österreich inauguirten. Die Meistbegünstigungsklausel bedeutet, daß die Staaten sich gleichmäßig behandeln und die Kampfsollparagraphen bedeuten, daß man sich differenziell ungünstiger behandelt; so groß ist der Unterschied zwischen diesen beiden Verhältnissen. Wenn in diesem Vertrage weiter nichts stünde, als die Meistbegünstigungsklausel, so wäre er von so hohem Werthe, und verdient nicht die Angriffe, die der Abg. Bamberger ihm hat angedeihen lassen. Derselbe behauptet ferner, daß der Veredelungsverkehr in dem Abkommen nicht normirt sei. Ich erinnere daran, daß wir nicht daran schuld sind; wir hatten schon im Dezember vorigen Jahres bei der Verlängerung des Vertrages die Verlängerung der Bestimmungen über den Veredelungsverkehr beantragt. Die österreichische Regierung ging nicht darauf ein, weil wir nach unserem Tarif ihr unmöglich die zollfreie Wolleneinfuhr weiter zugeben konnten. Ebenso stand es bei diesem Abkommen. Die Veredelung der deutschen Keimwand in Böhmen aber können wir allein ohne Vertrag jeden Tag geschehen lassen, und, soweit wir die böhmische Weberei nicht entbehren können, sind die Regierungen schon nach dem Vereinsollgesetz und den Beschlüssen des Bundesraths in der Lage diesen Veredelungsverkehr weiter zu gewähren.

Abg. Frhr. v. Barbyler: Ich wende mich in seinen Ausführungen gegen den Abg. Bamberger, bleibt aber auf der Tribüne vollkommen unverständlich.

Damit schließt die erste Verhandlung. Persönlich bemerkt Abg. Bamberger: Der Minister Hofmann hat gelaubt, konstatiren zu müssen, daß ich mit einer gewissen Bitterkeit über die Sache gesprochen habe. Das ist nicht der Fall. Ich bin seit längerer Zeit in dieser Beziehung sehr resignirt. Mit Bitterkeit war nur der letzte Satz meiner Rede gesprochen, wo ich des Verfahrens gegen Hamburg gedachte und ich hoffe, daß ich darin nicht allein stehe. (Beifall links.)

Die Verweisung an eine Kommission wird abgelehnt und sofort in die zweite Verhandlung eingetreten.

Abg. Dechelhauser führt aus, daß die Uebereinkunft gar keinen Inhalt habe, da die Meistbegünstigungsklausel wenig bedeute, der Veredelungsverkehr ganz beiseite gelasse sei. Die Frage, ob unsere Handelspolitik überhaupt noch im Stande sei, zur Abschließung von Verträgen zu gelangen, müsse er verneinen. Namentlich habe man die agrarischen Zölle als Mittel bezeichnet, um von Österreich Konzessionen zu erlangen. Trotzdem habe man nichts erreicht und lege dem ganzen Lande die Zolllast auf, die der Landwirtschaft doch nicht viel nütze.

Abg. Gräner meint, die Schuld, daß ein Vertrag nicht zu Stande gekommen, liege an dem Dualismus in Österreich; aber Deutschland könne jetzt mit seinem neuen Tarife die Entwidlung der Dinge abwarten. Redner spricht sich entschieden gegen die Erneuerung des Veredelungsverkehrs aus, oder will dieselbe wenigstens an die Bedingungen der strengsten Kontrolle knüpfen.

Die beiden Artikel des Vertrages werden darauf genehmigt. Es folgt die Verhandlung des Antrages Lasker: Den Reichskanzler aufzufordern, dem Reichstage das unter der Bezeichnung „Erklärung“ zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn geschlossene Abkommen vom 31. Dezember 1879, betreffend die theilweise Verlängerung des Handelsvertrages zwischen beiden Ländern zur verfassungsmäßigen Genehmigung vorzulegen.

Hierzu beantragt Abg. Windthorst: In Erwägung, daß die Reichsregierung durch die Vorlage der Uebereinkunft vom 11. April d. J. anerkannt hat, daß derartige Abkommen dem Reichstage zur verfassungsmäßigen Zustimmung vorzulegen sind, geht der Reichstag über den Antrag Lasker zur Tagesordnung über.

Abg. Lasker erklärt sich mit diesem Antrage einverstanden; sein Antrag habe ja nur noch einen formellen Werth, da er nicht daran denke, die Vorlegung des noch zwei Monate geltenden Vertrages zu verlangen, nachdem der neue vorgelegt sei.

Abg. Graf Udo Stolberg kann eine Verpflichtung der Regierung zur Vorlage des Vertrages nicht anerkennen und bittet deshalb gegen die Anträge zu stimmen.

Das Haus genehmigt jedoch die von Windthorst vorgeschlagene Tagesordnung mit an Einstimmigkeit grenzender Mehrheit.

Schluß 5 Uhr. Nächste Sitzung Dienstag 11 Uhr. (Die noch residirenden Abkommen mit Österreich, Vertrag mit Belgien; Konsulargerichtsbarkeit in Egypten und Bosnien; dritte Lesung des Sozialistengesetzes.)

Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 3. Mai. [Die Hamburger Angelegenheit. Zur Nachkession des Landtags.] Unter den Reichstagsmitgliedern dauern die Verhandlungen über einen bezüglich der Hamburger Angelegenheit einzubringenden Antrag fort. Mehrere hervorragende Abgeordnete sind bereit, einen derartigen Antrag zu stellen, und unterlassen es vorläufig nur, um den Vertretern Hamburgs den Vortritt zu gönnen. Zwei Ansichten stehen einander betreffs der Formulierung gegenüber. Nach der einen würde man ungefähr den Kanzler ersuchen, dahin zu wirken, daß dem preussischen Antrag auf den Bundesrath keine Folge gegeben werde. Derselbe beruht auf der gestern von uns erwähnten, aber nicht von uns vertretenen Hoffnung, welche hie und da laut wird: daß Angesichts des Widerspruchs des Reichstags und der Verstimmung vieler Regierungen über das preussische Vorgehen der Kanzler sich entschließen würde, den Antrag fallen zu lassen. Man würde durch einen solchen Beschluß dem Fürsten Bismarck erleichtern, in der vorliegenden Angelegenheit zwischen seiner Eigenschaft als Reichskanzler und der als Mitglied der preussischen

Regierung zu unterscheiden. Von anderer Seite wird ein scharfer Antrag befürwortet, indem man die Hoffnung auf eine Nachgiebigkeit des Fürsten Bismarck nicht theilt, vielmehr für angezeigt hält, den opponierenden Bundesregierungen eine Stütze zu gewähren. Danach würde der Antrag ungefähr dahin gehen, zu erklären, daß mit Rücksicht auf Art. 34 der Reichsverfassung die Einverleibung eines Theils der Vorstadt St. Pauli durch Beschluß des Bundesraths und ohne Hamburgs Zustimmung gegen die Reichsverfassung verstoßen würde. Uebrigens sind viele Anhänger jeder dieser beiden Formulierungen der Meinung, daß man irgend einen Antrag überhaupt nur dann einbringen dürfe, wenn eine Majorität für denselben gesichert ist. Mit Rücksicht auf die Zufälligkeiten, denen die Abstimmungen gegenwärtig ausgesetzt sind, ist, auch abgesehen von den politischen Gesichtspunkten, nach denen die Parteien sich gruppieren würden, auf eine solche Majorität nicht ohne vorherige Feststellung einer solchen zu rechnen. — Für die nach Pfingsten beginnende Nachsession des Landtags sind bekanntlich, vorausgesetzt, daß die katholische Hierarchie nicht inzwischen durch tatsächliche Nachgiebigkeit die Einbringung kirchenpolitischer Vorlagen veranlaßt, die Entwürfe des Grafen Eulenburg bezüglich der Verwaltungsreform die Hauptgegenstände der Arbeit. Ueber den wichtigsten dieser Entwürfe, den über die Organisation der allgemeinen Landesverwaltung, liegt bekanntlich ein Kommissionsbericht vor. Wie man sich erinnern wird, war im Plenum und in der Kommission Streit hauptsächlich um die Gestaltung der mittleren Verwaltung, liegt bekanntlich ein Kommissionsbericht vor. Wie man sich erinnern wird, war im Plenum und in der Kommission Streit hauptsächlich um die Gestaltung der mittleren Verwaltungsinstantz geführt worden. Graf Eulenburg war für die Beibehaltung der bisherigen Einrichtung, wonach die Spruchbehörde und das Verwaltungsgericht in der mittleren Instanz getrennt sind; und die meisten Liberalen, so wie ein Theil der Konservativen stimmten dem Minister hierin zu, da die neue Einrichtung sich nach ihrer und auch unserer Meinung durchaus bewährt hat. Ein Antrag Bennigsen aber schlug in der Kommission sogenannte „Grundzüge“ für eine Vereinigung der beiden Behörden vor, woraus in der ersten Lesung der Kommission eine vollständige Zusammenwerfung des Bezirksauschusses und des Verwaltungsgerichts wurde, die angeblich weit über die Absichten des nationalliberalen Antragstellers hinausging. Jedenfalls wurde der Beschluß der ersten Lesung in der zweiten erheblich korrigirt; aber bei dieser Korrektur entstand eine wahrhaft monströse Behörde vermöge des Bestrebens, trotz der Vereinigung der beiden Kollegien doch diejenigen Rechtsgarantien zu sichern, welche bisher bei der Trennung derselben vorhanden sind. Die vereinigte Behörde würde nach dem Kommissionsvorschlag ein getrenntes Verfahren für Spruch- und für Verwaltungsgerichtsachen haben, ferner für jede der beiden Kategorien von Angelegenheiten einen andern Präsidenten; die übrige Besetzung würde theils identisch, theils verschieden sein; und zum Ueberflus würde außer der Trennung nach den beiden Arten des Verfahrens in mehreren Provinzen noch wegen der durch die Vereinigung entstehenden übermäßigen Geschäftslast eine Trennung nach geographischen Bezirken vorzunehmen sein. Das Ergebniß dieser Gesetzmacherei wäre im besten Falle keine Vereinfachung, sondern nur eine andere Art von Komplizirtheit; und lediglich zu diesem Zwecke hätte man in einer Zeit, in welcher beständig über zu viele Veränderungen der Gesetzgebung geklagt wird, eine Einrichtung modifizirt, welche in der einen Hälfte des Staates sowohl nach liberalen als nach konservativen Urtheilen sich vortrefflich bewährt hat. Am Schluß der Kommissions-Verhandlungen hatte man sich, weil Jedermann seinen Willen wenigstens zum Theil durchgesetzt hatte, in der Genehmigung der oben geschilderten, sonderbaren Behörde geeinigt; jetzt aber verlautet bei dem Herannahen der Nachsession, daß sowohl im Ministerium des Innern, als unter den Konservativen neue, schwere Bedenken gegen den Kommissionsvorschlag entstanden sind, so daß im Plenum ernstlich nur die Alternative: Beibehaltung der jetzigen Einrichtung, also volle Trennung zwischen Bezirksauschuss und Bezirksverwaltungsgericht, oder vollständige Vereinigung nach der ursprünglichen Absicht des Herrn v. Rauchhaupt, in Betracht kommen würde. Da mit der Regierung auch eine Anzahl Konservativer und Klerikaler, die meisten Nationalliberalen und die ganze Fortschrittspartei für die Beibehaltung des jetzigen Standes der Dinge sind, so wäre, wenn Graf Eulenburg sich in der That von Neuem entschlossen hätte, entschieden für seine ursprünglichen Vorschläge einzutreten, die Annahme desselben wieder einigermaßen wahrscheinlich.

Telegraphische Nachrichten.

Wiesbaden, 3. Mai. Se. Majestät der Kaiser und die Frau Großherzogin von Baden wohnten gestern Vormittag dem Gottesdienste in der evangelischen Hauptkirche bei. Abends besuchten Se. Majestät mit der Frau Großherzogin, ebenso, wie dies auch am Sonnabend der Fall gewesen war, die Vorstellung im Theater. Bei dem eingetretenen schönen Wetter unternimmt Se. Majestät täglich Spazierfahrten. Zum Diner hatten gestern die Generale v. Pribelwitz, v. Schwerin, v. Schlotheim, v. Schopp, v. Goeben und v. Rauch Einladungen erhalten. Der Statthalter von Elsaß-Lothringen, General-Feldmarschall v. Manteuffel, ist gestern hier eingetroffen. Derselbe ist heute zur kaiserlichen Tafel gezogen und wird Abends nach Karlsbad abreisen.

Stuttgart, 3. Mai. Der „Staatsanzeiger für Württemberg“ veröffentlicht die Mittheilung von der Vermählung der Herzogin Pauline von Württemberg zu Karlsruhe in Oberschlesien mit dem Dr. Willim zu Breslau. Der König von Württemberg habe bei der bestimmt ausgesprochenen Neigung dem Wunsche der Herzogin nicht entgegengetreten zu sollen geglaubt und unter näherer Regelung der Verhältnisse seine Einwilligung als Oberhaupt des königlichen Hauses ertheilt. Die Herzogin Pauline habe auf den Namen und die Stellung einer Prinzessin des königlichen Hauses verzichtet und den ihr von Seiten des Königs verliehenen, von einer Hofdame abgeleiteten Namen Kirchbach an-

genommen. Die kirchliche Trauung hat am 1. Mai e. zu Karlsruhe in Oberschlesien stattgefunden.

London, 3. Mai. [Unterhaus.] Bradlangh weigerte sich, den vorgeschriebenen Eid zu leisten und verlangte, daß eine einfache Erklärung genügen sollte. Cavendish brachte hierauf einen Antrag ein, einen Ausschuss zur Entscheidung dieser Frage zu ernennen. Northcote unterstützte den Antrag, der vom Hause angenommen wurde. — Im weiteren Verlaufe der Sitzung wurde die Vornahme von Neuwahlen für die durch die Bildung des neuen Kabinetts vakant gewordenen Sitze angeordnet. — Der Deputirte Wolff theilte mit, daß er demnächst die Aufmerksamkeit des Hauses auf die durch den Berliner Vertrag der Türkei gegenüber übernommenen Verpflichtungen lenken und eine bezügliche Resolution beantragen werde.

Verantwortlicher Redakteur: H. Bauer in Posen. — Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Mai 1880.

Datum	Barometer auf 0 Gr. red. in mm 82 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad.
3. Nachm. 2	749,4	D stark	trübe	+14,7
3. Abnds. 10	750,2	D stark	bedeckt	+12,1
4. Morgs. 6	749,7	D lebhaft	bedeckt 1)	+9,2
1) Regenhöhe 0,3 mm.				

Wetterbericht vom 3. Mai, 8 Uhr Morgens.

Stationen.	Barom. a. 0 Gr. nachd. Meeresnib. red. in mm.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad.
Aberdeen	758,7	N schwach	wolfig	7,8
Ropenhagen	759,5	ESD leicht	wolkenlos	9,5
Stockholm	762,1	S leicht	Dunst	11,6
Saparanda	757,2	still	wolkenlos	7,0
Petersburg	fehlt			
Moskau	768,2	ESW still	halb. bed.	4,4
Coik	757,7	ND schw.	Regen 1)	5,0
Drest	755,9	still	Dunst	8,5
Helder	754,6	ND still	wolfig	8,9
Eult	757,2	DESD schw.	halb bed.	8,7
Hamburg	756,0	ND leicht	bedeckt 2)	10,3
Swinemünde	757,2	DESD mäßig	wolkenlos	11,4
Neufahrwasser	762,2	ESD mäßig	wolkenlos	12,0
Memel	763,9	ESD mäßig	wolkenl. 3)	11,3
Paris	753,5	ND still	wolfig	8,6
Krefeld	fehlt			
Karlsruhe	753,7	ES leicht	bedeckt	8,6
Wiesbaden	754,6	ND still	bedeckt	12,0
Raffel	753,2	NNW leicht	bedeckt	11,4
München	754,3	NNW mäßig	bedeckt 4)	8,4
Leipzig	754,5	D still	bedeckt	12,2
Berlin	755,4	DESD still	bedeckt	12,0
Wien	754,4	still	Nebel	4,4
Breslau	757,1	ESD mäßig	bedeckt	9,2

1) Seegang mäßig. 2) Etwas Sprühregen. 3) Nachts Thau. 4) Früh feiner Regen.

Uebersicht der Witterung. Die größtentheils schwache Luftbewegung über Europa wird heute bestimmt durch eine flache, ganz Frankreich, Italien und Südwest-Deutschland umfassende Depression, ein bedeutendes Maximum über Zentralrussland und ein Maximum im Nordwesten von Irland. Früheres Wetter mit Niederschlägen herrscht besonders in Südwest-Deutschland und Ungarn, doch sind auch über Irland und Schottland bei starren Nordwinden und abnehmender Temperatur beträchtliche Niederschläge vorgekommen. Im Allgemeinen ist die Temperatur gestiegen. Russa: Nord, still, heiter, Plus 16,7 Grad.

Deutsche Seewarte.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 2. Mai Mittags 1,32 Meter.
= 3. = 1,32 =

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Course.
Frankfurt a. M., 3. Mai. (Schluß-Course.) Fest. Lond. Wechsel 20,465. Pariser do. 80,92. Wiener do. 170,00. R.-M. St.-A. 146½. Rheinische do. 158½. Hess. Ludwigsb. 95½. R.-M.-Pr.-Anth. 133. Reichsanl. —. Reichsbank 150½. Darmst. 144½. Meiningen B 95½. Ost.-ung. Bf. 713,50. Kreditaktien*) 234½. Silberrente 62½. Papierrente 62. Goldrente 75½. Ung. Goldrente 89½. 1860er Loose 124½. 1864er Loose 312,50. Ung. Staatsl. 211,50. do. Dsb.-Dbl. II. 83½. Böhm. Westbahn 190½. Elisabethb. 159½. Nordwestb. 137½. Galizier 226½. Franzosen*) 235. Lombarden*) 71½. Italiener —. 1877er Ruffen 90½. II. Orientanl. 60½. Central-Pacific 109½. Diskonto-Kommandit —. Elbthalbahn —.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 235½, Franzosen 235½, Galizier —, ungarische Goldrente —, II. Orientanleihe —, 1860er Loose —, III. Orientanleihe —, Lombarden —, Schweizer. Centralbahn —, Mainz-Ludwigshafen —, 1877er Ruffen —.

*) per medio resp. per ultimo.

Frankfurt a. M., 3. Mai. Effekten-Sozialität. Kreditaktien 236½, Franzosen 235½, Lombarden —, 1860er Loose 124½, Galizier 226½, österreich. Silberrente 26½, ungarische Goldrente 90, II. Orientanleihe —, österr. Goldrente 75½, Papierrente —, III. Orientanleihe —, 1877er Ruffen —, Meiningen Bank —. Sehr fest.

Wien, 3. Mai. (Schluß-Course.) Günstig in Folge der Saatenstandsberichte, Spekulationspapiere, Renten und Bahnen gefragt, Schluß ruhig.

Papierrente 72,02½, Silberrente 73,50. Dester. Goldrente 89,00, ungarische Goldrente 105,82½. 1854er Loose 122,70. 1860er Loose 130,25. 1864er Loose 173,50. Kreditloose 177,00. Ungar. Prämienl. 111,50. Kreditaktien 277,20. Franzosen 277,00. Lombarden 85,30. Galizier 265,75. Rask.-Derb. 126,50. Pardubitzer —, Nordwestbahn 161,50. Elisabethbahn 187,70. Nordbahn 244,50. Desterreich-ungar. Bank —. Tür. Loose —. Unionbank 109,30. Anglo-Austr. 146,00. Wiener Bankverein 136,80. Ungar. Kredit 267,00. Deutsche Plätze 58,00. Londoner Wechsel 119,05. Pariser do. 47,15. Amsterdamer do. 98,40. Napoleons 9,48½. Dufaten 5,60. Silber 100,00. Marknoten 58,70. Russische Banknoten 1,25½. Semberg-Gzernowitz 170,00. Kronpr.-Rudolf 159,50. Franz-Josef 168,00.

Wien, 3. Mai. Abendsbörsen. Kreditaktien 278,60, Franzosen 277,00, Galizier 266,00, Anglo-Austr. 146,25, Lombarden 84,50, Papierrente 73,15, österr. Goldrente 89,00, ungar. Goldrente 106,22½, Marknoten 58,70, Napoleons 9,49, 1864er Loose —, österr.-ungar. Bank —. Nordbahn —. Sehr fest.

Die Generalversammlung der böhmischen Westbahn beschloß, eine Superdividende von 2 Fl. zur Vertheilung zu bringen, 20,000 Fl. für

den Pensionsfond und 60,000 Fl. für die im Jahre 1875 gebildete Spezialreserve zu verwenden; 30,794 Fl. sollen vorgetragen werden.

Brüssel, 3. Mai. Dester. Papierrente 62,87½.
Florenz, 3. Mai. 5 pSt. Italiensche Rente 92,31, Gold 21,92.
Paris, 3. Mai. (Schluß-Course.) Steigend. Die Liquidation ist befriedigend verlaufen.
3 Proz. amortisirt. Rente 86,17½, 3 Proz. Rente 84,80, Anleihe de 1872 118,50 exkl., Ital. 5 Proz. Rente 84,20, Dester. Goldrente 75½, Ung. Goldrente 91½, Ruffen de 1877 93½, Franzosen 388,75, Lombardische Eisenbahn-Aktien 178,75, Lombard. Prioritäten 269,00, Türken de 1865 10,57½, 5 Proz. rumänische Anleihe 75,50.

Credit mobilier 690,00, Spanier exter. 17½, do. inter. 16½, Suezkanal-Aktien —, Banque ottomane 537, Societe generale 558, Credit foncier 1195, Egypter 316, Banque de Paris 985, Banque d'escompte 798, Banque hypothecaire 620, III. Orientanleihe 61½, Türkenloose 36,00, Londoner Wechsel 25,28.

London, 3. Mai. Consols 99½, Italien. 5 Proz. Rente 83½, Lombarden 7, 3 Proz. Lombarden: alte 10½, 3 Proz. do. neue 10½, 5 Proz. Ruffen de 1871 87, 5 Proz. Ruffen de 1872 86½, 5 Proz. Ruffen de 1873 89, 5 Proz. Türken de 1865 10½, 5 Proz. fundirte Amerikaner 105, Dester. Silberrente 62½, do. Papierrente —, Ungar. Goldrente 90½, Dester. Goldrente 74½, Spanier 17½, Egypter —. Preuß. 4 Proz. Consols 98½, 4 Proz. bair. Anleihe 98.

Platzdiskont 2½ pSt.
Newport, 3. Mai. (Schluß-Course.) Wechsel auf London in Gold 4 D. 82½ C. Wechsel auf Paris 5,19½. 5 pSt. fund. Anleihe 102½ exkl., 4 pSt. fundirte Anleihe von 1877 107½, Erie-Bahn 42½, Central-Pacific 112½, Newyork. Centralbahn 130½.

Produkten-Course.

Köln, 3. Mai. (Getreidemarkt.) Weizen hiesiger loco 24,00, fremder loco 24,50, pr. Mai 23,30, pr. Juli 21,85, pr. November 20,10, Roggen loco 19,75, pr. Mai 17,60, pr. Juli 16,40, pr. November 15,35, Hafer loco 15,50, Rübsöl loco 27,00, pr. Mai 26,90, pr. Oktober 28,60.

Bremen, 3. Mai. Petroleum fest. (Schlußbericht.) Standard white loco 7,05 bez. u. Br., pr. Juni 7,20 Br., per Juli 7,35 Br., pr. August-Dezember 7,70 Br.

Hamburg, 3. Mai. (Getreidemarkt.) Weizen loco unveränd., auf Termine fester. Roggen loco unveränd., auf Termine fester. Weizen pr. Mai 204 Br., 203 Gd., pr. September-Oktober 197 Br., 196 Gd., Roggen pr. Mai 160 Br., 159 Gd., pr. September-Oktober 147 Br., 146 Gd., Hafer u. Gerste unveränd. Rübsöl matt, loco 53½, pr. Okt. 56½. Spiritus ruhig, pr. Mai 51½ Br., pr. Juni-Juli 51½ Br., pr. Juli-August 51½ Br., pr. August-September 51½ Br. Raffee fest, Umfas 3000 Sack. Petroleum beh., Standard white loco 7,00 Br., 6,90 Gd., pr. Mai 6,90 Gd., pr. August-Dezember 7,75 Gd. — Wetter: Regen.

Leit., 3. Mai. (Produktenmarkt.) Weizen loco flau, Termine flau, pr. Herbst 10,10 Gd., 10,15 Br. Hafer pr. Herbst 6,25 Gd., 6,35 Br. Mais pr. Mai-Juni 7,65 Gd., 7,70 Br. Rohraps pr. August-September 13½. Wetter: Regen.

Petersburg, 3. Mai. Produktenmarkt. Talg loco 57,00, pr. August 57,00, Weizen loco 16,50, Roggen loco 10,10, Hafer loco 5,25, Talg loco 34,00. Leinsaat (9 Pud) loco 16,75. — Wetter: Veränderlich.

Amsterdam, 3. Mai. Bancainn 50½.

Amsterdam, 3. Mai. Getreidemarkt (Schlußbericht.) Weizen auf Termine niedriger, pr. November 278. Roggen loco fest, auf Termine unverändert, pr. Mai 199, pr. Oktober 179. Rübsöl loco 33, pr. Mai —, pr. Herbst 37½. Raps pr. Herbst 359 Fl.

Antwerpen, 3. Mai. Wollauktion. Angeboten —, davon — B. verkauft. Baumwolle matter.

Antwerpen, 3. Mai. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen ruhig, Roggen fest. Hafer unverändert. Gerste still.

Antwerpen, 3. Mai. Petroleummarkt (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 17½ bez. und Br., pr. Juni 18 Br., pr. September 19½ Br., pr. September-Dezember 19½ Br. Weichend.

Paris, 3. Mai. (Produktenmarkt.) (Schlußbericht.) Weizen fest, pr. Mai 30,40, pr. Juni 29,40, pr. Juli-August 28,00, pr. Sept.-Dezember 26,75. — Mehl fest, pr. Mai 66,50, pr. Juni 65,75, pr. Juli-August 61,00, pr. September-Dezember 56,75. Rübsöl weichend, pr. Mai 77,00, pr. Juni 78,00, pr. Juli-August 78,75, pr. September-Dezember 80,25. Spiritus weichend, pr. Mai 70,50, pr. Juni 68,00, pr. Juli-August 65,50, pr. September-Dezember 61,50.

Paris, 3. Mai. Rohzucker ruhig, Nr. 10/13 pr. Mai pr. 100 Kilogr. 56,25, 7/9 pr. Mai pr. 100 Kilogramm 62,25. Weißer Zucker ruhig, Nr. 3 pr. 100 Kgr. pr. Mai 65,25, pr. Juni 65,00, pr. Juli-August 64,25.

Marktpreise in Breslau am 3. Mai 1880.

Festsetzungen der städtischen Markt-Deputation.	gute	Nie-ster drigt.	mittlere	geringe	Waare
	Stück.	Stück.	Stück.	Stück.	Nie-ster drigt.
Weizen, weißer	22 10	21 70	21 —	20 40	20 — 19 30
Weizen, gelber	21 50	21 30	20 80	20 40	20 — 19 20
Roggen, pro	17 40	17 20	17 —	16 80	16 60 16 40
Gerste, 100	17 10	16 60	15 90	15 30	14 90 14 40
Hafer, Kilogr.	15 60	15 40	15 20	15 —	14 80 14 60
Erbsen	19 30	18 70	17 70	17 30	16 50 15 70
Pro 100 Kilogramm					
Raps	23 —	22 —	22 —	21 —	21 — 50
Rübsen, Winterfrucht	22 —	22 —	21 —	20 —	20 — 50
Rübsen, Sommerfrucht	22 —	22 —	20 —	18 —	18 — 50
Datteln	22 —	22 —	20 —	17 —	17 —
Schlagleinfaat	27 —	27 —	25 —	50 —	23 —
Ganffaat	17 —	17 —	16 —	15 —	15 —

Kleefamen, geschäftslos, rother nominell, per 50 Klg. 32—37 bis 41—46 Mf. weißer nominell, per 50 Kgr. 42—51—60—70 Mf. hochfeiner über Notiz bez.

Rapskuchen, behauptet, per 50 Kilogr. 6,50—6,70 Mf. fremd. 6,10—6,30 Mf.

Leinfuchen, preishaltend, per 50 Kilo 9,80—10,00 Mf.

Lupinen, feine Qualitäten mehr beachtet, per 100 Kgr. gelbe 7,20—7,80—8,20 Mf. blaue 7,20—7,80—8,20 Mf.

Thymothee, nominell, per 50 Kilogr. 18—21—23 Mf.

Bohnen, ohne Zufuhr, per 100 Kgr. 21,50—23,00—23,75 Mf.

Wais, ohne Aenderung, per 100 Kgr. 14,40—14,80—15,00 Mf.

Biden, vernachlässigt, per 100 Kilogr. 13,00—13,50—14,20 Mf.

Kartoffeln: per Sack (2 Neuschefel a 75 Kgr. Brutto = 150 Pfd.) beste 4,50—6,00 Mf., geringere 3,00—3,50 Mf., per Neuschefel (75 Pfd. Brutto) beste 2,25—3,00 Mf., geringere 1,50 bis 1,75 Mf. per 2 Str. 0,14—0,18 Mf.

Heu: per 50 Kilogr. 2,50 bis 3,00 Mf.

Stroh: per Schock 600 Kilogramm 19,00—21,00 Mf.

Mehl: ohne Aenderung, per 100 Kilogr. Weizen fein 29,50—30,50 Mf. — Roggen fein 26,25 bis 27, — Mf. Gausbuden 25, — bis 26, — Mf., Roggen-Futtermehl 11,75—12,50 Mf. Weizenkleie 10,20 bis 10,70 Mf.

Im Vereins-Lokal bei Mewos heute geselliger Abend des Männer-Turn-Vereins.

London, 3. Mai. (Schlußbericht.) Fremder weißer Weizen stetig, angekommene Ladungen stetig, Mehl und Mais matt, Hafer stetig, schwedischer 1 Sh., Erbsen 1 Sh. theurer, Gerste fester. — Wetter: kühl.

London, 3. Mai. Die Getreidezufuhren betrugen in der Woche vom 24. bis zum 30. April: Englischer Weizen 2562, fremder 34,568, engl. Gerste 332, fremde 2662, engl. Malgerste 16,365, engl. Hafer 297, fremder 36,404 Dtrrs. Englisches Mehl 16,994 Sack, fremdes 7175 Sack und 400 Tg.

Glasgow, 3. Mai. Freitags wegen heute kein Markt.

London, 3. Mai. Savannasender Nr. 12,24. Ruhig.

London, 3. Mai. An der Küste angeboten 3 Weizenladungen.

Liverpool, 3. Mai. Baumwolle (Schlußbericht). Umsatz 5000 Ballen, davon für Spekulation und Export 1000 Ballen. Amerikaner ruhig, Eurats verändert. Middl. amerikanische Juli- und Juli-August-Lieferung 6 1/2 d.

Produkten-Börse.

Berlin, 3. Mai. Wind: N.D. Wetter: Veränderlich. Weizen per 1000 Kilo loco 200—235 M. nach Qualität gefordert, feiner gelber Markt. — M. ab Bahn bez., per Mai 220—221 bezahlt, per Juni-Juli 217—220—219 1/2 bez., per Juni-Juli 211—212 1/2 bez., Juli-August 202—203—202 1/2 bez., per September-Oktober 198—198 1/2 bez., Oktober-November bez., per November-Dezember bez. Gefündigt 16000 Zentner. Regulirungspreis 219 1/2 Mark. — Roggen per 1000 Kilo loco 172—180 M. nach Qualität gefordert. Russ. 173 a. B. bez., inländ. 178 M. ab Bahn bez., Hochfein — M. ab B. bez., feiner — M. ab Bahn bez., per Mai 172 1/2—174 1/2 bez., per Mai-Juni 168 1/2—169 bez., per Juni-Juli 163 1/2—163 1/2 bez., per Juli-August 156 bis

156 1/2—156 bez., per August-September bez., per September-Oktober 154—153 bez. — Gefündigt 4000 Zentner. Regulirungspreis 174 M. bez. — Gerste per 1000 Kilo loco 160—203 nach Qualität gef. — Hafer per 1000 Kilo loco 146—167 nach Qual. gefordert, Russischer 150—158 bez., Pommerischer 160—162 bez., Ost- und Westpreussischer — bez., Schleischer 160—162 bez., Böhmischer 160—162 bez., Galizischer — bez., per Mai 146 1/2 bez., per Mai-Juni 145 1/2—146 bez., per Juni-Juli 146 bez., per Juli-August 144 bez., per August-September bez., per September-Oktober 140 1/2 bez. Gefündigt 8000 Ztr. Regulirungspreis 145 1/2 M. bezahlt. — Erbsen per 1000 Kilo Roggenware 170—205 M., Futterware 160—168 M. — Mais per 1000 Kilo loco 136—139 bezahlt nach Qualität. Rumänischer — ab Bahn bez., Amerikanischer 136 ab Bahn bez. — Weizenmehl per 100 Kilo brutto, 00: 31,50—29,00 M., 0: 29,00—28,00 M., 0/1: 28,00 bis 26,00 M. — Roggenmehl incl. Sack, 0: 25,00 bis 24,00 M., 0/1: 23,75 bis 22,75 M., per Mai 23,90—22,75 bez., per Mai-Juni 23,75—23,60—23,65 bez., per Juni-Juli 23,55—25,50 bez., per Juli-August 22,90 bez. Gefündigt — Zentner. Regulirungspreis — bezahlt. — Delfaar per 1000 Kilo Wintermais 235 bis 244 Mark. S.D. — bezahlt, N.D. — bezahlt, Wintermais 230—240 M. S.D. — bezahlt, N.D. — bez. — Rübsöl per 100 Kilo loco ohne Fass 53,8 M., flüssig — M., mit Fass 54,1 M., per April 54,4—54,0 bez., per April-Mai 54,4—54,0 bez., per Mai-Juni 54,4—54,0 bez., per Juni-Juli 55,0—54,1 bez., per Juli-August — bez., per August-Sept. — bezahlt, S.D. 57,4 bis 57,1 bez., per Okt.-Nov. — M., per Novbr.-Dezember 57,7—57,8—57,5 bez. Gefündigt — Ztr. Regulirungspreis — bez. — Leinöl per 100 Kilo loco 64 M. — Petroleum per 100 Kilo loco 24,3 M., per April 24,2 bez., per April-Mai 23,1 G., per Mai-Juni — bez., per Juni-Juli — M., per Sept.-Oktober 24,2 M. Ge-

lündigt — Zentner. Regulirungspreis — bezahlt. — Spiritus per 100 Liter loco ohne Fass 61,5 bez., per Mai 60,7—61,6 bez., per Mai-Juni 60,7—61,6 bez., per Juni-Juli 61,5—62,4 bez., per Juli-August 62,5—63,2 bez., per August-September 62,5—63,1 bez., per September-Oktober 57,6—58,1 bez., Gefündigt 610,000 Liter Regulirungspreis 61,3 bez. (B. B. 3.)

Stettin, 3. Mai. (An der Börse.) Wetter: Leicht bewölkt. + 13 Grad R. — Barometer 28,1. Wind: S.D. windig.

Weizen fest, per 1000 Kilo loco gelber inländischer 205—210 M., weißer 207—213 M., per Mai-Juni 210 M. bez., per Juni-Juli 208 M. nom., per Juli-August 203,5 M. bez., per September-Oktober 196 M. bez. — Roggen sehr fest, per 1000 Kilo loco inländischer 166 bis 173 M., russischer 166—171 M., per Mai 168 M. Gb., per Mai-Juni 162,5—165 M. bez., per Juni-Juli 159—160 M. bez., per September-Oktober 150—151 M. bez., 150,5 M. Gb. — Gerste unverändert, per 1000 Kilo loco feine Brau- 165—169 M., Oberbruch 160 bis 163 M. — Hafer unverändert, per 1000 Kilo loco inländischer 142—145 M., feiner pomm. 146—150 M. — Erbsen ohne Handel. — Winterweizen füllte, per 1000 Kilo per Mai 241 nom., per September-Oktober 253 M. Gb. — Rübsöl matt, per 100 Kilo loco ohne Fass bei Kleinigkeiten 54 M. Br., abgelassene Anmeldung 52,25 M. bez., per Mai 52,5 M. bez. u. Br., per Septbr.-Oktober 55,75 M. bez. — Spiritus fest und höher, per 10,000 Liter pSt. loco ohne Fass 61,8 M. bez., mit Fass 61,4 M. bez., per Mai-Juni 61,4—61,9 M. bez., Br. u. Gb., per Juni-Juli 62,7 M. bez., per Juli-August 63,3 M. Br. u. Gb., per August-September do., per September-Oktober 58 M. Br. u. Gb. — Angemeldet: 1000 Ztr. Rübsöl, 10,000 Liter Spiritus. — Regulirungspreise: Weizen 210 M., Roggen 168 M., Rübsöl 52,5 M., Spiritus 61,6 M. — Petroleum loco 7,4 M. transj. bez., alte Usans 7,65—7,55 M. bez., Regulirungspreis 7,4 M. (Düff.-B. 3.)

Berlin, 3. Mai. Die Meldungen aus Wien hatten für Kreditaktien höher gelaufen; auch die übrigen auswärtigen Börsen waren fest geblieben und hatten der vorübergehenden Abschwächung des Schlußes am Sonnabend keinen Werth gelegt. Im Anschluß an diese verhältnismäßig günstigen Nachrichten von außerhalb eröffnete der hiesige Verkehr fest, aber nicht gerade viel höher, als die Kurse am Sonnabend geschlossen. Dem Geschäft selbst fehlte Anregung, und es hatte den Anschein, als treten sofort wieder neue Realisationsversuche und Blando-Abgaben hervor. Doch machte die vorübergehende an sich geringe Abschwächung rasch wieder einer kleinen Erholung Platz, so daß die Haltung im allgemeinen als ziemlich fest bezeichnet werden konnte.

Bonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 3. Mai 1880.

Preussische Fonds- und Geld-Course.

Consol. Anleihe	4 1/2	106,00	b3
do. neue 1876	4 1/2	99,75	b3
Staats-Anleihe	4 1/2	99,75	b3
Staats-Schuldch.	3 1/2	96,25	b3
Ob.-Weich.-Dbl.	4 1/2	102,50	b3
Berl. Stadt-Dbl.	4 1/2	104,00	b3
do. do.	3 1/2	94,00	G
Schldv. d. B. Rfm.	4 1/2	102,00	B
Pfandbriefe:			
Berliner	4 1/2	104,10	b3
do.	5	107,80	G
Landch. Central	4 1/2	99,25	b3
Kur- u. Neumärk.	3 1/2	90,00	b3
do. neue	3 1/2	90,90	b3
do. do.	4	100,10	G
do. neue	4 1/2	102,75	G
N. Brandbg. Cred.	4	90,90	B
Ostpreussische	3 1/2	99,50	b3
do. do.	4 1/2	101,10	G
Pommerische	3 1/2	90,75	b3
do. do.	4 1/2	100,00	b3
do. do.	4 1/2	102,00	b3
Posenische, neue	4	99,50	B
Sächsisch.	3 1/2		
Schlesische altl.	3 1/2		
do. alte A. u. C.	4 1/2		
do. neue A. u. C.	4		
Westph. ritterich.	3 1/2		
do. do.	4 1/2		
do. II. Serie	5		
do. neue	4 1/2		
Rentenbriefe:			
Kur- u. Neumärk.	4	100,10	G
Pommerische	4	100,20	b3
Posenische	4	99,70	b3
Rhein- u. Westf.	4	100,00	G
Sächsisch.	4	100,10	B
Schlesische	4		

Deutsche Fonds.

N. v. 55 a 100 Th.	3 1/2	143,00	B
Def. Pr. a 4 Th.	3 1/2	283,00	b3
Bad. Pr. a 6 Th.	4	133,50	b3
do. 35 fl. Obligat.	4	173,50	b3
Bair. Präm.-Anl.	4	134,10	b3
Braunschw. 20 Th.	3 1/2	97,25	b3
Brem. Anl. v. 1874	4	98,30	b3
Einl.-Anl. v. 1874	3 1/2	133,10	b3
Def. St. Pr.-Anl.	3 1/2	126,00	b3
Goth. Pr.-Pdb. r.	5	119,90	b3
do. II. Abth.	5	118,90	b3
Hb. Pr.-A. v. 1866	3 1/2	188,50	B
Lübeck. Pr.-Anl.	3 1/2	186,00	b3
Mecklenb. Gfienbch.	3 1/2	92,00	b3
Meininger Loose	4	26,50	b3
do. Pr.-Pdb. r.	4	124,00	G
Oldenburg. Loose	3		
D. G. C. B. Pf. 110	5	107,25	b3
do. do.	5	107,25	b3
Dtsch. Hypoth. unv.	5	102,90	b3
do. do.	4 1/2	101,00	B
Mein. Hyp.-Pf.	4 1/2	100,75	b3
Redd. Gr.-Pf. a 5	5	100,60	G
do. Hyp.-Pf. dbr.	5	100,60	G

Romm. S. B. 1. 120 5	104,90	b3
do. II. IV. 110 5	101,50	B
Romm. III. rz. 100 5	99,25	B
R. B. C. S. B. rz. 5	108,00	G
do. do. 100 5	102,75	G
do. do. 115 4	105,50	b3
R. C. S. B. Pf. dbr. 110 5	100,25	G
do. unv. rück. 110 5	112,25	b3
do. (1872 u. 74) 4 1/2	106,25	B
do. (1872 u. 73) 5	106,40	B
do. (1874) 5		
R. Hyp.-A. B. 120 4 1/2	103,30	G
do. do. 110 5	105,75	b3
Schles. Bod.-Cred. 5	105,00	G
do. do. 4 1/2	104,00	G
Stettiner Nat.-Hyp. 5	101,00	b3
do. do. 4 1/2	100,00	b3
Kruppsche Obligat. 5	108,00	b3

Ausländische Fonds.

Amerik. rz. 1881 6	100,60	G
do. do. 1885 6		
do. Bds. (fund.) 5	101,00	G
Norweg. Anleihe 4 1/2		
Nemnor. Stb.-Anl. 6	117,20	G
Deferr. Goldrente 4	75,75	b3
do. Pap.-Rente 4 1/2	62,00	b3
do. Silber-Rente 4 1/2	62,40	b3
do. 250 fl. 1854 4	113,90	b3
do. Gr. 100 fl. 1858 4	33,00	b3
do. Lott.-A. v. 1860 5	124,20	b3
do. do. v. 1864 5	311,20	b3
Ungar. Goldrente 6	89,80	b3
do. St.-Gf. Aft. 5	88,25	b3
do. Looje 6	210,40	G
do. Schatzsch. I. 6		
do. do. kleine 6		
do. do. II. 6		
Italienische Rente 5		
do. Tab.-Dbl. 6		
Rumänier 8		
Russ. Centr.-Bod. 5	77,90	b3
do. Engl. A. 1825 5	85,60	b3
do. do. v. 1862 5	87,10	b3
Russ.-Engl. Anl. 3		
Russ. fund. A. 1870 5		
Russ. conf. A. 1871 5	88,30	b3
do. do. 1872 5	88,40	b3
do. do. 1873 5	88,70	b3
do. do. 1877 5	90,30	b3
do. Bod.-Cred. 5	80,00	b3
do. Pr.-A. v. 1864 5	151,80	G
do. do. v. 1866 5	148,50	G
do. 5. A. Etiegl. 5	61,75	G
do. 6. do. do. 5	84,50	G
do. Pol. Sch.-Dbl. 4	82,10	b3
Poln. Pdb. r. III. C. 5	65,60	b3
do. do. 4		
do. Liquidat. 4	56,75	b3
Lütt. Anl. v. 1865 5	10,50	G
do. do. v. 1869 6		
do. Looje vollgez. 3	29,00	b3

*) Wechsel-Course.

Amsterd. 100 fl. 8 L.		
do. 100 fl. 2 M.		
London 1 Ltr. 8 L.		
do. do. 3 M.		
Paris 100 Fr. 8 L.		
Bilg. Bp. 100 3 L.		
do. do. 100 3 L.		
Wien öst. Währ. 8 L.	170,20	b3
Wien öst. Währ. 3 M.	169,50	b3
Petersb. 100 R. 2 M.	213,30	b3
do. 100 R. 3 M.	212,15	b3
Warschau 100 R. 8 L.	213,70	b3

Am besten behaupteten sich Kreditaktien und Disconto-Kommandit-Antheile, Oberschlesische und Mainser, so wie russische Anleihen. Lebhaft gingen Galizier bei etwa 1 Prozent höherer Notiz um, da der günstige Abschluß der Galizischen Karl-Ludwigs-Bahn die Spekulation befriedigte. Im übrigen herrschte Geschäftsfille. Auf Bergwerkpapiere, namentlich auf Laurahütte und Dortmund Union übten angeblich die Nachrichten von der Ueberlabung des amerikanischen Eisenmarktes verstimrende Wirkung aus. Auch die Meldung der bedeutenden Zunahme der Eisenvorräthe in Glasgow drückte, und im allgemeinen schädete der Festigkeit immer mehr die Geschäftsunlust. Die gegen baar gehandelten Aktien blieben ziemlich gut behauptet, aber

Bank- u. Kredit-Aktien.

Babische Bank	4	106,00	b3
Bf. i. Rheinl. u. Westf.	4	43,70	b3
Bf. i. Sprit- u. Br.-G.	4	46,00	b3
Berl. Handels-Ges.	4	105,30	b3
do. Kassen-Verein	4	168,25	b3
Breslauer Dist.-Bf.	4	92,50	b3
Centralb. f. B. u. G.	4	15,50	b3
Centralb. f. B. u. G.	4	87,25	b3
Göln. Wechselbank	4	95,50	b3
Danziger Privatb.	4	113,50	G
Darmstädter Bank	4	144,00	b3
do. Fretbank	4	106,10	B
Deffauer Creditb.	4	86,00	b3
do. Landesbank	4	119,10	G
Deutsche Bank	4	138,60	b3
do. Genossensch.	4	109,75	G
do. Hyp.-Bank	4	92,00	B
do. Reichsbank	4 1/2	151,25	G
Disconto-Comm.	4	169,50	G
Geraer Bank	4	85,00	b3
do. Handelsb.	4	58,25	G
Gothaer Privatb.	4	102,00	G
do. Grundcred.	4	89,00	b3
Hypothek. (Gübrner)	4		
Königsb. Vereinb.	4	97,00	b3
Leipziger Creditb.	4	145,75	b3
do. Discontob.	4	91,25	b3
Magdeb. Privatb.	4		
Medib. Bodencred. fr.	4	64,00	G
do. Hypoth.-B.	4	75,00	b3
Meining. Creditb.	4	95,40	b3
do. Hypothefenb.	4	92,50	b3
Niederlausitzer Bank	4	97,50	b3
Norddeutsche Bank	4	157,75	b3
Nordd. Grundcred.	4	56,10	b3
Deferr. Kredit	4		
Petersb. Intern. Bf.	4	96,00	b3
Posen-Landwirthsch.	4	67,50	G
Posener Prov.-Bank	4	111,75	G
Posener Spiritattien	4	47,25	b3
Preuss. Bank-Anth.	4 1/2		
do. Bodencredit	4	94,60	G
do. Centralb.	4	128,75	G
do. Hyp.-Spielb.	4	100,20	b3
Produkt.-Handelsb.	4	77,00	B
Sächsisch. Bank	4	118,80	G
Schaffhaus. Bank	4	91,55	b3
Schles. Bankverein	4	103,50	b3
Südd. Bodencredit	4	130,50	G

Industrie-Aktien.

Braueri. Wagenhof	4	134,00	B
Dannenberg. Rattun.	4		
Deutsche Bauges.	4	63,00	B
Dtsch. Eisen-Bau	4	4,75	b3
Dtsch. Stahl- u. Eis.	4		
Donnersmarchhütte	4	57,50	b3
Dortmunder Union	4	11,75	B
Egells. Majch.-Aft.	4	32,50	b3
Erdmannsd. Spinn.	4		
Flora f. Charlottenb.	4		
Frut u. Rogm. Nabh.	4	57,00	b3
Geisenf. Bergw.	4	123,25	b3
Georg. Marienhütte	4	99,00	B
Gibernia u. Chamr.	4	87,50	b3
Immobilien (Berl.)	4	78,00	B
Krausf. Leinen-F.	4	97,00	G
Lauchhammer	4	41,00	b3
Laurahütte	4	115,25	b3
Lünefieb.-B. rgw.	4	60,00	b3
Magdeburg. Bergw.	4	126,50	b3
Marienhüt. Bergw.	4		
Menden u. Schv. B.	4	92,75	B
Oberchl. Ei.-Bed.	4	59,00	b3
Ostend	4		
Phönix B.-A. Lit. A.	4	76,75	b3
Phönix B.-A. Lit. B.	4	46,50	B
Redenhütte conf.	4	181,00	B
Rhein. Majch.-Bergw.	4	90,75	b3
Rhein. Weiff. Ind.	4	25,00	B
Schloßhauer Lampen	4	7,75	b3
Unter den Linden	4		
Wäffert Maschinen	4	50,00	b3

Eisenbahn-Stammprioritäten.

Altenburg-Zeit	5		
Berlin-Dresden	5	49,25	b3
Berlin-Görlitz	5	83,25	b3
Breslau-Warischau	4		
Galle-Sorau-Guben	5	86,30	b3
Hannover-Altenb.	5		
do. II. Serie	5		
Leipz.-Görlitz-Mrs.	5	102,00	b3
Märkisch-Posen	5	90,00	b3
Magd.-Halberst. B.	3 1/2	121,90	G
do. do. C.	5	91,00	b3
Mariemb.-Alamfa	5	94,10	b3
Nordhausen-Erfurt	5	43,60	b3
Oberlausitzer	5	99,90	b3
Preuss. Südbahn	5	73,00	b3
Rosen-Creuzburg	5		

vernachlässigt. Anlagewerthe erschienen nur mäßig belebt und blieben wenig verändert; ausländische Eisenbahn-Obligationen begegneten einiger Nachfrage, namentlich österreichisch-ungarische. Der weitere Verlauf des heutigen Geschäftes war lustlos und schwach; es fehlte sowohl jede Anregung als auch der Muth zu neuen Unternehmungen und die Haltung ermattete. Die letzte Viertelstunde brachte eine kleine Erholung. Per Ultimo notirte man Franzosen 473—3,50—471, Lombarden 146,50 bis 2 bis 143,50, Kredit-Aktien 472—1—472, Disconto-Kommandit-Antheile 170,25—70,50—169,75. Der Schluß war fest

Rechte Oberf. Bahn

Rumänische	8	116,00	G
Saalbahn	3		
Saal-Unstrutbahn	5		
Tüft-Unterburg	5	82,50	b3
Weimar-Geraer	5	36,00	b3